



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**



5807/12

(OR. en)

PRESSE 25

PR CO 4

## **MITTEILUNG AN DIE PRESSE**

3143. Tagung des Rates

### **Allgemeine Angelegenheiten**

Brüssel, den 27. Januar 2012

Präsident **Nicolai WAMMEN**  
Minister für europäische Angelegenheiten  
(Dänemark)

# **P R E S S E**

## Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat erörterte die Vorschläge der Kommission für den **mehrwährigen Finanzrahmen (MFR)** der EU für den Zeitraum 2014 bis 2020; im Mittelpunkt standen dabei die wichtigsten Prioritäten und der Haushaltsrahmen einschließlich der Gesamtbeträge der Ausgaben.*

*Aus den Beratungen ergaben sich Anhaltspunkte für den Vorsitz im Hinblick auf die Verhandlungen über den MFR und ein deutlicheres Bild der Standpunkte der Delegationen zu den wichtigsten Fragen.*

*Der dänische Vorsitz beabsichtigt, die Grundlagen für eine eingehende Beratung auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni zu schaffen, sodass der mehrjährige Finanzrahmen vor Ende des Jahres angenommen werden kann. Damit wäre ein fließender Übergang vom geltenden zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen gewährleistet.*

**INHALT<sup>1</sup>**

<b>TEILNEHMER</b> .....	<b>5</b>
-------------------------	----------

**ERÖRTERTE PUNKTE**

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN.....	7
ARBEITSPROGRAMM DES VORSITZES .....	9
EUROPÄISCHER RAT .....	10
Vorbereitung der März-Tagung .....	10
Maßnahmen im Anschluss an die Dezember-Tagung .....	11
SONSTIGES .....	12

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE***AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN*

– Beziehungen zu Mexiko .....	13
– Restriktive Maßnahmen – Tunesien .....	13

*JUSTIZ UND INNERES*

– Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen - Verhandlungsmandat.....	13
--	----

*WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

– Statistik – Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke .....	14
– Externe Rechnungsprüfer der niederländischen Zentralbank .....	14

*HANDELSPOLITIK*

– Antidumping – Kabel und Seile aus Stahl – China und Ukraine – Südafrika .....	14
---	----

<sup>1</sup>

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

*BINNENMARKT*

- Kraftfahrzeuge – Typgenehmigung des gesetzlich vorgeschriebenen Fabrikschildes ..... 15

*TRANSPARENZ*

- Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten ..... 15

**TEILNEHMER****Belgien:**

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen  
Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen  
Angelegenheiten**Bulgarien:**

Boyko KOTZEV

Ständiger Vertreter

**Tschechische Republik:**

Karel SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Premierminister und Minister für  
auswärtige Angelegenheiten**Dänemark:**Nicolai Halby WAMMEN  
Michael ZILMER-JOHNSMinister für europäische Angelegenheiten  
Staatssekretär für Außenpolitik**Germany:**

Guido WESTERWELLE

Bundesminister des Auswärtigen

**Estland:**

Matti MAASIKAS

Ständiger Vertreter

**Irland:**

Lucinda CREIGHTON

Staatsministerin für europäische Angelegenheiten (Amt  
des Premierministers und Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten)**Griechenland:**

Mariliza XENOGIANNAKOPOULOU

Stellvertretende Ministerin für auswärtige  
Angelegenheiten**Spanien:**

Iñigo MENDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

**Frankreich:**

Jean LEONETTI

Minister für europäische Angelegenheiten beim Ministre  
d'État, Minister für auswärtige und europäische  
Angelegenheiten**Italien:**

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

**Zypern:**

Andreas MAVROYIANNIS

Stellvertretender Minister beim Präsidenten der Republik  
Zypern, zuständig für europäische Angelegenheiten**Lettland:**

Edgars RINKĒVIČS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Litauen:**

Egidijus MEILŪNAS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Luxemburg:**

Jean ASSELBORN

Vizepremierminister, Minister für auswärtige  
Angelegenheiten**Ungarn:**

János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Malta:**

Richard CACHIA CARUANA

Ständiger Vertreter

**Niederlande:**

Ben KNAPEN

Minister für europäische Angelegenheiten und  
internationale Zusammenarbeit**Österreich:**

Wolfgang WALDNER

Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und  
internationale Angelegenheiten**Polen:**

Mikołaj DOWGIELEWICZ

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten

**Portugal:**

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische  
Angelegenheiten**Rumänien:**

Leonard ORBAN

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Slowenien:**

Mitja GASPARI

Minister für Entwicklung und europäische  
Angelegenheiten**Slowakei:**

Milan JEŽOVICA

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten**Finnland:**

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und  
Außenhandel**Schweden:**

Oskar WÄGLUND SÖDERSTRÖM

Staatssekretär bei der Ministerin für europäische  
Angelegenheiten**Vereinigtes Königreich:**

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und  
Commonwealth-Fragen**Kommission:**

Maroš ŠEFČOVIČ

Janusz LEWANDOWSKI

Vizepräsident

Mitglied

**Die Regierung des beitretenden Staates war wie folgt vertreten:****Kroatien:**

Vesna PUSIĆ

Ministerin für auswärtige und europäische  
Angelegenheiten

## ERÖRTERTE PUNKTE

### MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

In öffentlicher Sitzung erörterte der Rat die wichtigsten Prioritäten und den Haushaltsrahmen einschließlich der in den Vorschlägen der Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2014 bis 2020 enthaltenen Gesamtbeträge ([12475/11](#) + [12474/11](#) + [16846/11](#) + [16847/11](#) + [16844/11](#) + [16848/11](#) + [16845/11](#)).

In der Aussprache entstand ein deutlicheres Bild der Standpunkte der Mitgliedstaaten in Bezug auf die wichtigsten offenen Fragen und des Stands der Verhandlungen. Ferner ergaben sich Anhaltspunkte für den Vorsitz hinsichtlich des weiteren Vorgehens und insbesondere Hinweise auf die Bereiche, in denen Schwierigkeiten auftreten könnten, eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu finden.

Mehrere Mitgliedstaaten betonten, der mehrjährige Finanzrahmen müsse der herrschenden Wirtschaftskrise und den bei der haushaltspolitischen Konsolidierung unternommenen Anstrengungen auf einzelstaatlicher Ebene Rechnung tragen. Ihre Delegationen forderten eine deutlich geringere Höhe der Gesamtausgaben als in den Vorschlägen der Kommission vorgesehen. Einige Delegationen wünschten zudem, die Frage noch bestehender Mittelbindungen in diesem Zusammenhang zu behandeln. Mehrere Delegationen plädierten dafür, sämtliche Finanzinstrumente in den mehrjährigen Finanzrahmen aufzunehmen, um einen transparenten und nachvollziehbaren EU-Haushalt zu präsentieren.

Mehrere Mitgliedstaaten betonten, wie wichtig es sei, eine ausreichende Finanzierung der EU-Politik zu gewährleisten, damit der mehrjährige Finanzrahmen in angemessener Weise dazu beitragen kann, gemeinsamen Herausforderungen zu begegnen. Einige Delegationen erklärten, die von der Kommission vorgeschlagene Gesamtausgabenhöhe zu unterstützen, und eine Reihe von ihnen betrachtete die Vorschläge der Kommission als ausgewogen.

Mehrere Minister sahen die Kohäsionspolitik oder die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) als ihre ersten Prioritäten. Eine Reihe von Mitgliedstaaten betrachteten beide Politikbereiche als Prioritäten. Sie hoben den Beitrag der Kohäsionspolitik in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung sowie den Mehrwert der GAP in Form von sicheren Lebensmitteln, Versorgungssicherheit und ländlicher Entwicklung hervor.

Eine andere Gruppe von Mitgliedstaaten betonte, Forschung, Innovation und die "grüne" Agenda müssten deutliche Unterstützung erfahren. Eine beträchtliche Anzahl von Delegationen betonte, im Einklang mit der Strategie Europa 2020 seien die EU-Ausgaben stärker auf die Bereiche Wachstum und Beschäftigung auszurichten.

Mehrere Delegationen machten geltend, das Eigenmittelsystem der EU müsse überarbeitet werden.

Der dänische Vorsitz erklärte, der mehrjährige Finanzrahmen stehe außer im Februar bei jeder der bis Ende Juni anberaumten Tagungen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) auf der Tagesordnung. Auf den bevorstehenden Tagungen stünden einzelne MFR-Rubriken zur Beratung an. Der Vorsitz bekundete ferner seine Absicht, eine Konferenz zum mehrjährigen Finanzrahmen zu organisieren, die voraussichtlich am 22./23. März in Brüssel stattfinden soll.

Es wird erwartet, dass die Beratungen über den mehrjährigen Finanzrahmen ab Mai ausreichend fortgeschritten sein werden, um anhand einer "Verhandlungsbox" weitergeführt zu werden, d.h. eines strukturierten Entwurfs als Basis für die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates mit den wichtigsten Fragen und Optionen, in den die Ergebnisse der Orientierungsaussprachen einfließen, die im Rat (Allgemeine Angelegenheiten) stattfinden.

Im Einklang mit dem Mandat des Europäischen Rates vom 9. Dezember beabsichtigt der dänische Vorsitz, eine tragfähige Grundlage für eine eingehende Beratung über den mehrjährigen Finanzrahmen auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2012 zu schaffen. Der Europäische Rat hat gefordert, den mehrjährige Finanzrahmen bis Ende des Jahres zu verabschieden. Damit wäre ein fließender Übergang vom laufenden zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen gewährleistet.

Auf technischer Ebene wird die Gruppe der Freunde des Vorsitzes ihre Beratungen über den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen fortsetzen. Im Januar und Februar wird sie sich darauf konzentrieren, fachliche Fragen finanzieller Art im Zusammenhang mit denjenigen Vorschlägen der Kommission zu klären, welche zum Zeitpunkt der Beratungen im zweiten Semester 2011 noch nicht zur Verfügung standen. Im Februar wird sie auf der Grundlage von Fragebögen des Vorsitzes über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen konkrete noch offene Fragen erörtern. Von März an wird sich die Gruppe mit allen Aspekten des künftigen MFR beschäftigen und denjenigen besondere Aufmerksamkeit widmen, bei denen nach wie vor Diskrepanzen zwischen den Standpunkten der Delegationen bestehen, um dem Vorsitz Anhaltspunkte zur Ausarbeitung der "Verhandlungsbox" zu geben.

## **ARBEITSPROGRAMM DES VORSITZES**

In öffentlicher Sitzung führte der Rat führte einen Gedankenaustausch über das für die Dauer von dessen Amtszeit (Januar bis Juni 2012) geplante Programm des dänischen Vorsitzes.

## EUROPÄISCHER RAT

### **Vorbereitung der März-Tagung**

Der Rat prüfte den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 1./2. März ([5354/12](#)).

Der Europäische Rat soll sich in erster Linie mit folgenden Themen befassen:

- Wirtschaftspolitik: Er soll
  - die Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen aus dem Europäischen Semester 2011 und der Verpflichtungen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts bewerten;
  - auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts der Kommission den Mitgliedstaaten Leitlinien vorgeben, die in ihre nationalen Reformprogramme sowie in ihre Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme einzubeziehen sind;
  - besonderes Gewicht auf Arbeitsmarktreformen, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit legen sowie
  - Vorgaben für die Durchführung der Leitinitiativen an die Kommission und den Rat richten.
- Internationale Gipfeltreffen: Vorbereitung eines Gipfeltreffens der G8 am 19./20. Mai, eines Gipfeltreffens der G20 am 18./19. Juni und einer VN-Konferenz "Rio+20" zur nachhaltigen Entwicklung vom 20. bis 22. Juni;
- Weitere Themen, einschließlich EU-Erweiterung (Serbien) sowie Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum.

Am Rande der Ratstagung soll der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion ("finanzpolitischer Pakt") unterzeichnet werden.

Auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird der Rat auf seiner Tagung am 27./28. Februar eine weitere Beratung abhalten.

## **Maßnahmen im Anschluss an die Dezember-Tagung**

Der Rat zog Bilanz über die Maßnahmen im Anschluss an die Zusagen des Europäischen Rates auf seiner Tagung vom 9. Dezember.

Im Mittelpunkt der Tagung standen Fragen der Wirtschaftspolitik, Energie und EU-Erweiterung.

## **SONSTIGES**

### – *Verfassungsrechtliche Änderungen in Ungarn*

Die Kommission informierte den Rat über ihr Vorgehen im Hinblick auf verfassungsrechtliche Änderungen in Ungarn im Anschluss an die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren betreffend die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbank, der Justiz und der Datenschutzbehörde.

### – *Europäische Bürgerinitiative*

Die Kommission informierte den Rat über die Vorbereitungen auf die Umsetzung der sogenannten *europäischen Bürgerinitiative*, die es EU-Bürgern ab dem 1. April ermöglichen wird, mit einer Million Unterschriften Rechtsetzungsvorschläge zu einer konkreten Frage zu fordern.

## **SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

### **AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

#### **Beziehungen zu Mexiko**

Der Rat billigte den Standpunkt der EU für die siebte Tagung des Gemischten Rates EU-Mexiko am 9. Februar in Mexico City.

Zu den Themen, die zur Beratung anstehen, gehören der Handel, multilaterale Fragen wie der Klimawandel sowie bilaterale Fragen wie Menschenrechte und die Zusammenarbeit zwischen der EU und Mexiko.

#### **Restriktive Maßnahmen – Tunesien**

Der Rat verlängerte angesichts der Lage in Tunesien die Geltungsdauer der gegen das Land verhängten restriktiven Maßnahmen bis zum 31. Januar 2013.

Der Beschluss 72/2011 des Rates war ursprünglich am 31. Januar 2011 angenommen worden.

### **JUSTIZ UND INNERES**

#### **Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen - Verhandlungsmandat**

Der Rat nahm einen Beschluss zur Ermächtigung der Kommission an, Verhandlungen mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein über die Beteiligung dieser Staaten am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen aufzunehmen.

## **WIRTSCHAFT UND FINANZEN**

### **Statistik – Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke**

Der Rat beschloss, den Erlass - durch die Kommission - eines Beschlusses zur Änderung der in der Entscheidung 2004/452/EG enthaltenen Liste von Einrichtungen, deren Mitarbeiter für wissenschaftliche Zwecke Zugang zu vertraulichen Daten erhalten können, nicht abzulehnen ([18335/11](#)).

Der Beschlussentwurf unterliegt dem Regelungsverfahren mit Kontrolle. Nachdem der Rat nun eingewilligt hat, kann die Kommission den Beschluss erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

### **Externe Rechnungsprüfer der niederländischen Zentralbank**

Der Rat nahm einen Beschluss an, durch den die Bestellung von Deloitte Accountants B.V. zum externen Rechnungsprüfer der Nederlandsche Bank für die Geschäftsjahre 2012 bis 2018 anerkannt wird.

## **HANDELSPOLITIK**

### **Antidumping – Kabel und Seile aus Stahl – China und Ukraine – Südafrika**

Der Rat nahm eine Verordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung in China und der Ukraine an, im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach der Verordnung 1225/2009 und zur Einstellung des Verfahrens der Auslaufüberprüfung betreffend die Einfuhren aus Südafrika ([5206/12](#)).

## **BINNENMARKT**

### **Kraftfahrzeuge – Typgenehmigung des gesetzlich vorgeschriebenen Fabrikschildes**

Der Rat beschloss, den Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung 19/2011 über die Typgenehmigung des gesetzlich vorgeschriebenen Fabrikschildes für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger durch die Kommission nicht abzulehnen ([18116/11](#)).

In der Verordnung 19/2011 wird für Fahrzeughersteller die Möglichkeit eingeführt, selbstklebende Etiketten bei der Herstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Schilder zu verwenden. Die Verordnung soll geändert werden, damit die Herstellung dieser Etiketten mittels Datenverarbeitung sowie deren elektronisches Ausdrucken vereinfacht werden.

Der Verordnungsentwurf unterliegt dem Regelungsverfahren mit Kontrolle. Nachdem der Rat nun eingewilligt hat, kann die Kommission die Verordnung erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

## **TRANSPARENZ**

### **Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten**

Der Rat billigte

- die Antwort auf den Zweit Antrag Nr. 26/c/01/11 gegen die Stimmen der dänischen, der finnischen, der slowenischen und der schwedischen Delegation ([18495/11](#)).